

Die de facto Auschaltung durch Einführung von neuen Anerkennungs- bzw. Ablehnungsvorschriften im „Asylverfahrensgesetz“ — bereits Realität war, kam die erste öffentliche Aufforderung, Flüchtlinge, die von Abschiebung bedroht sind, vor dem Zugriff der Abschiebebehörden zu schützen. Sie kam nicht von den linken Parteien Westdeutschlands, nicht von den zahlreichen Internationalismus-Inis, auch nicht aus den Reihen der Gewerkschaften und selbst nicht vom „schwarzen Block“; es war vielmehr Berlins Altbischof Kurt Scharf, der in der Passionskirche in Kreuzberg zum aktiven Einsatz gegen Abschiebungen aufrief.



mittler oder über die Rollen von Männern und Frauen haben, unterscheiden sich in der Regel auch kämpfende WGs nicht unbedingt von den gutschwierigen, bürgerlichen Haushalten.

Auch in der Hafenstraße war neulich zu hören, der Bereich Asyl sei da „ein bißchen schwach“, denn es fehle an Kontakt zu Betroffenen, an Motivation und vor allem an Überzeugung, daß man durch den eigenen Einsatz imstande wäre, in dieser Angelegenheit die Kräfteverhältnisse zu ändern (s. AK 298). Mit der Aufnahme einer von zwei Roma-Familien, denen vom Hamburger Senat in den letzten Wochen wiederholt mit Ausweisung gedroht wurde, wagten die BewohnerInnen den Schritt in einen neuen Bereich. Nachdem ihre Asylanträge endgültig abgelehnt wurden und Hamburgs Bürgermeister Voscherau eine „Gnade“ nicht aussprechen woll-

te, an dem die von den Behörden gesetzte Frist für die „freiwillige Ausreise“ ablaufen sollte, wurde eine Großveranstaltung in der Hamburger „Fabrik“ angekündigt, an der über die Verfolgung der Roma und Sinti informiert werden sollte, um anschließend über konkrete Schritte und Aktionsformen zu beraten.

Am Tag vor der Veranstaltung entstand jedoch eine neue Situation, die die Organisatoren und Interessenten etwas verwirrte. Vor dem Fenster der Familie in einem der Häuser der Hafenstraße hing — und manche sagen: wurde erneut gehängt — ein Transparent, in dem zum Boykott Israels aufgerufen wurde. Die Parole, die in den letzten Monaten nahezu in allen linken Initiativen, Medien und anderen Öffentlichen Hamburgs zu heftigen Debatten geführt hatte, war auch für den neu-eingezogenen Familienvater keine Banalität. Für ihn galt sie als anti-jüdisch, eine direkte Beleidigung, denn Angehöri-

gen Gründen, sondern als „Asoziale und Kriminelle“ lediglich die Opfer von „Sicherheitsmaßnahmen“ gewesen seien; mit der Notwendigkeit, den Begriff „Zigeuner“ — die Selbstbezeichnung dieses Volkes in vielen Ländern — zu rehabilitieren, der in der deutschen Sprache zu einem Schimpfwort geworden ist.

Die Krise in der Zusammenarbeit schien verdrängt; eine Sprecherin der Hafenstraße erzählte, wie die Familie aufgenommen wurde („einige von uns hatten Bock, mit den Kindern etwas zu machen ...“) und manche sagten: wurde erneut gehängt — allmählich begann die ganze Situation, uns Spaß zu machen ...“) und Karl-Heinz Roth wies darauf hin, daß der Rassismus in erster Linie als ein Instrument der Herrschenden gegen das Proletariat, zu dem auch die Zigeuner gehörten, eingesetzt wurde und wird. Die Solidarität der deutschen Antifaschisten mit den verfolgten nicht-deutschen Minderheiten („auch die Hafenstraße wird vom Staat verfolgt“, faßte ein Sprecher die Gemeinsamkeiten zusammen) stand plötzlich im Raum als eine Selbstverständlichkeit. So plötzlich und so selbstverständlich, bis sie zu irritieren begann.

„Wie sieht es aus mit der Familie, die ausgezogen wurde? Wo bleibt der gemeinsame Kampf, wenn es solche Differenzen gibt?“, so wurde schließlich die Frage gestellt. „Das war für uns schon ein Schlag in die Fresse“ kommentierte die Hafen-Sprecherin im eigenen Jargon. Eine ausführlichere Diskussion blieb jedoch aus, stattdessen sollten vierhundert Personen gemeinsam über Aktionen in den kommenden Tagen beraten. Das ewig-lange Schweigen zwischen den einsamen Redebeiträgen, die folgten, wirkte nur sehr allmählich entmutigend. Aber als drei Roma, die als Musiker eingeladen worden waren, mit einem Lied die hilflose Stimmung etwas aufzulockern versuchten, wurden sie sehr bald von gestiefelten deutschen Antifaschisten unterbrochen: „Wir haben noch nicht ausdiskutiert“.

Es ist sicherlich ein Durchbruch, wenn jetzt in der St. Pauli Hafenstraße nicht nur Plakate mit einem brennenden Judenstern

— Symbol für den antirassistischen Kampf in Palästina — hängen, sondern überall ganz laut und deutlich auch der Aufruf „Schluß mit den Abschiebungen“ zu sehen ist. Auch die Ehrlichkeit der BewohnerInnen, die bereit sind, ganze Familien — freilich mit fremden Sprachen,

sten und der Nichtdeutschen. Die Geschichte der Verfolgung hat vielmehr eine Schicksalgemeinschaft der nationalen Minderheiten gebildet, die schichtenübergreifend ist und nicht nur Proletarier, sondern auch Handwerker, Händler und Rechtsanwälte umfaßt. Dieser steht nach den historischen Erfahrungen die gesamte deutsche Bevölkerung als potentieller Ausgrenzer, als Unterdrückernation gegenüber.

Selbst wenn man dieser Tradition eine kritische Reflexion sowie Taten, die sie bekräftigen, entgegensezt, selbst dann ist das Mißtrauen seitens der Betroffenen ihren Beschützern gegenüber noch nicht ausgeräumt. Denn eine antirassistische Bewegung ist in Deutschland noch eine sehr junge Sache, deren Prüfzeit noch lange nicht zu Ende ist. Dabei sind die Ausgangspositionen der Beteiligten an dieser Bewegung — der Deutschen einerseits und der Nichtdeutschen andererseits — so verschieden, wie sie sich kaum in einem anderen gesellschaftspolitischen Kampfbereich beobachten lassen: können die ersten durch Anpassung ihre Wohnstils, ihrer Organisationsformen und notfalls auch ihrer Haarfarbe an die diktierten Normen dem Druck ausweichen, was hier keineswegs bedeutet, daß der Kampf um selbstbestimmtes Leben sinnlos ist oder angesichts der Repressionen aufgegeben werden soll, so bleiben — ganz unabhängig von ihrem Beruf, ihren Ansichten oder Bildung — die Roma Roma, und Juden bleiben Juden, sowohl für die Behörde als auch in den Köpfen der meisten Deutschen, die mit Vorurteilen und Fremdenängsten aufgewachsen sind.

Die Familie, die aus der Hafenstraße ausgezogen ist, wird jetzt bei Freunden untergebracht und bemüht sich um die Solidarität der Kirchen und weiterer Kreise. In den letzten Tagen ist es durch Proteste und nicht zuletzt durch die Intervention von kirchlichen Gremien sowie von Amnesty International gelungen, eine vorläufige „Duldung“ seitens der Hamburger Ausländerbehörde zu erreichen. Der antirassistische Einsatz hat also seine Wirkung, trotz unterschiedlicher Auffassungen. Es bleibt zu hoffen, daß das Solidaritätsbündnis seine Arbeit, wie angekündigt, fortsetzt, ohne sich von den „Pannen“ frustrieren zu lassen, daß es aber gleichzeitig dieses Ereignis in eine Lern Erfahrung umzuwandeln weiß.